

[86] 1. und 2. April. Dienstag, 14. April. Abend-Ausgabe.) National-Zeitung. Nr. 172. 1857. — 10 Jahrgang.

Berlin.

Dienstag, 14. April.

Abo-nement 1. Berlin: vierfach, 1. M. 20. 50 P.; für ganz Preußen 2. M. 12. 50 P.; für das übrige Deutschland 2. M. 24. 50 P.

# National-Zeitung.

Befehlungen nehmen alle 1. und 2. Jahrgang des Auslandes; 1. Berlin: 1. M. 20. 50 P.; 2. Jahrgang: 1. M. 24. 50 P.

## Inhalt.

Deutschland. Berlin: wie hessisch-lauenburgischen Angelegenheit; die evangelische Kirchenkonferenz; das neue Polystylen in Oestereich; Frankreich; der Mainz; Arbeitersorgungen. Kassel: der Kursus; der Landtag. Aus Holstein: die Wahlen zum Reichsrat; die Ministerkriege. Paris: die montenegrinische Angelegenheit; die bevorstehenden Wahlen; Tagesbericht. Großbritannien. London: Bright's Abschiedsrede; Tagesbericht. Italien. Turin: zum Conflikt mit Oesterreich; diplomatische Empfanglichkeit; die lombardisch-venetianischen Bahnen. Modena: der Herzog von Modena: südl. Oste. Dänemark. Kopenhagen: die Ministerkriege. Berliner Nachrichten.

## Deutschland.

Berlin, 14. April. Die letzte Aufforderung der beiden deutschen Großmächte an Dänemark in Beiseitung der schmeichelnden Beschwerdepunkte datiert nach der Verleihung mehrerer Blätter vom 28. März. Ueber den Inhalt derselben berichtet man der "A. Z." aus Altona: Oesterreich und Preußen verlangten, das dänische Kabinett möge sich innerhalb 21 Tagen, welche Frist zur Hälfte verstreichen ist, entschließen, den neuen Vorstoss zu accipieren. Indem man die Domänenfrage und die der Vorlage der Gesamtstaats-Beschaffung mit stillschweigen übergeht, wird von Dänemark gefordert, es solle mit den holsteinischen Ständen über diejenigen Paragraphen (Lauenburg ist dabei nicht erwähnt) verhandelt werden, welche ursprünglich deren Beratung entzogen worden sind und welche die Grenzen des Besiedelten und des Allgemeinen bestimmten. Halls Dänemark eile solche Verhandlung in kürzester Frist vorzüglich und im laufenden Jahre durchzuführen, wollen die Großmächte sich zuscreuen geben.

Aus Stuttgart ist an die kirchlichen Behörden jchi ein Schreiben eingegangen, in welchem der derzeitige Vorstand der deutsch-evangelischen Kirchen-Konferenz nach Eingeholter Genehmigung des Großherzogs von Sachsen für das Zusammentreffen der Konferenz in Eisenach in Gewährheit des § 5 der Billage A. zu dem elberstorfer Protokoll vom 18. September 1851 um Bezeichnung der Abgeordneten für die Konferenz und um die etwa noch vorzubringenden Beratungsangelegenheiten ersucht. Gleichzeitig wird in dem Schreiben geflagt, daß neue Anträge nicht eingegangen, jedoch noch verschiedene ältere vorhanden sind, zu welchen das katholische Material aus den verschiedenen Landeskirchen nunmehr vollständig eingelaufen sei. Die alten Anträge beziehen sich:

1) Auf Erteilung gemeinsamer Vorschriften über Kirchenjustiz und zu dem Ende auf Aufstellung gleichmäßiger Ausordnungen in Bezug hierauf in den einzelnen evangelischen Ländern; 2) auf die Frage nach den Mitteln, welche sich die Osts.-Kirchenbehörden zur Erzielung ihrer Zwecke gegen latenter, abschlaffende, widerberhängende, dem Worte der Reformation und Erneuerung unangemäßige Gemeindemitglieder zu befehlen haben; 3) auf eine rein kirchliche Geschäftsgabe, zur Erhebung der Kirchenjustiz; 4) auf die von dem Konkordium in Altenburg aufgeworfene Frage, welche angemessene Korrektivmittel gegen diejenigen Personen, welche vor dem Aufschlag und der Trauung für der Kirchheit gehoben haben, einzuhängen seien dürfen; 5) auf die Anfrage des Archidiakons zu Kielholz, ob nicht in gewissen Fällen Verbrennen, nur entstehen solchen, welche ihrem Leben selbst ein Ende gemacht haben, die kirchlichen Sitten bei dem Begräbnisse zu verfolgen seien; 6) auf die vor dem Konkordium in Stuttgart verlangte Erwähnung und Ausweisung einer aus Kanonisten und Theologen zusammengesetzten Kommission, um auf Grund der restoratorischen Bekennnisse und Kirchenverordnungen über die christliche Sitt. ihre Vorlesungen und Hörversammlungen, ihre Schließung und Schließung, ihren angemessenen und gemüthlichen Charakter diejenigen Gründen schaffender, deren Aufrechterhaltung oder Aufzettelung, die Kirchregierungen ideals in ihren Kreisen zu bewirken, ideals der der Staatsregierung im Interesse kirchlicher Ordnung und öffentlicher Sitte und Wohlthat zu vermitteln, sich möglichst angelegen sein lassen; 7) auf die Anfrage des Konkordiums in Berlin, ob nicht die kirchliche Bestattung sämmtlicher nach ihrer Konfirmation verstorbenen Christen, da wo sie zum Theil, wie in den großen Städten, außer Grabraum bekommen ist, als wesentlicher Kirchenzweck allgemein wieder herzuholen sei; ferner sind noch Vorlagen vorhanden; 8) über Vornahme der Konfirmation in der Ostholstein; 9) über das tempus clausum Quadragesimae und 10) über eine allgemeine Kirchen-Kollekte zum Besuch der außerordentlichen evangelischen Diaspora in Europa.

Das in Oesterreich eingeführte neue Passfeste befreit auch die Ausländer. Nach einer in Hannover erlangten ministeriellen Bekanntmachung ist den Ausländern der Eintritt in den Kaiserstaat nach wie vor nur auf den Grund ordnungsmäßiger, mit dem Bismarck einer Königlich Oesterreichischen Präfektur oder eines dazu ermächtigten Kaiserlich Königlichen Konjunktur vertheilten Reisepässen oder Wanderbüchern gestattet. Reisepässen ohne bestimmate Dauer werden längstens für den Zeitraum von drei Jahren vom Tage der Ausstellung oder Verlängerung angesehen als wirklich betrachtet. Nach dem neuen System unterliegen aber Reisepässe fortan nur an der Grenze des Kaiserstaats einer regelmäßigen Revision durch die Grenzaufschlussbeamte, welche, wenn kein Justizbeamter, das Bismarck zur Weiterreise ertheilt. Die bisherige Verpflichtung, die Reisepässe im Innern des Kaiserstaats regelmäßig vorzuzeigen, vistren zu lassen und, unter Verzehr von Aufenthaltskarten, amtlich zu hinterlegen, — jedoch unter Aufrechterhaltung der Verpflichtung der Fremden zur Ausstellung der Rubriken des in den Gasthäusern und Herbergen ihnen vorliegenden Fremdenbuchs, — ist in Wegfall getreten. Für die Inhaber von Wanderbüchern sind die bisherigen Bestimmungen rücksichtlich der Meldepflicht auf den Wandern in Kraft geblieben.

Frankfurt a. M., 12. April. Eine Versammlung der bissigen Schneidergesellen, welche berathen sollte, wie welche Weise ihre Meister zur Erhöhung des Lohns zu bewegen seien, wurde vor einigen Tagen politisch aufgelöst. Die Versammlungen gingen ohne Rücksicht auseinander. Auch unter den bissigen Schriftsteller, Schlossern und anderen Handwerkern finden ähnliche Verwegungen statt.

Mainz, 11. April. Einige 30 der Schneidergesellen, welche hier ihre Arbeiten einstellten, sind verhaftet worden.

Kassel, 12. April. Gestern Morgen ist der Kasseler nebst Gefolge mit dem ersten Zug der Hannoverschen Soldaten nach Braunschweig abgezogen. — Das Vernehmen nach sind, wie die "Kass. Zeit." mitteilt, die Mitglieder der ersten Kammer des kurfürstlichen Landtags am 19. d. M. einzutreffen, und werden die regelmäßigen Sitzungen dieser Kammer am 20. d. M. wieder beginnen.

Aus Holstein, 11. April. Es ist keineswegs die Absicht der Holsteinischen Mitglieder des Reichsraths, namentlich dieser, welche der Ritterkasten angehören, von der gegenwärtigen Besatzung sich fern zu halten, oder gar ihren Posten

anzugeben. Sie werden am 14. d. M. wenn die Verhandlungen wieder beginnen, zur Stelle sein und haben den Grund ihres verzögerten Eintritts dahin angezeigt, daß sie es hätten vorziehen müssen, die sille Woche und die Feiertage im Kreise ihrer Familie zu verleben. — Die Verhandlungen der Wahlberechtigten zum Reichsrath werden offiziell, nach ergänzter öffentlicher Aufforderung zur Annahme, von neuem aufgenommen. Aus den Städten melden sich die dänischen Offiziere und die Beamten, außer diesen einzelne Stadtverordnete, welche den bringenden Bitten der Oberbehörde nachgegeben, sich Einreichung ihrer Namen bestimmten lassen; aus den Landdistrikten, ganz vereinzelt, Höflebiger, deren Anmeldung jedesmal einen nachweislichen Erklärungsbogen in beiderseitigen Verhältnissen findet. Man darf wohl sagen, daß die Bevölkerung sich die dänischen Wahlen eigentlich gern hält, ein Zeugnis, daß die Gesamtstaatsverfassung in Holstein keinen Boden habe. Wenn man daher in Beziehung auf den Ausfall der Wahlen zum Reichsrath — v. Scheele, Kaufmann, Bitt, Daz zum — von dieser Haltung der Bevölkerung allerdings nichts nehmen muß, so möchten wir aber doch den Beobachtungen zur Erwähnung antheiligen, ob es richtig gehandelt sei, den Gefühlern der Abneigung gegen das Dänentum so weit Redbung zu tragen, daß die siene Fraktion, welche im Reichsrath die Rechte Holsteins wohlt, noch mehr reduziert wird, als ohnehin schon durch das Wahlgesetz vorgesehen ist.

Die Ministerkriege in Kopenhagen ist bereits lange vorangegangen, als das naturgemäß Ergebnis einer Situation, wo verschiedenes gegenseitiges Vertrauen noch Abtötung die Männer zusammenhält, welche zur Leitung der öffentlichen Geschäfte mit einander berufen sind, ferner als ein siegreicher Erfolg Seitens der volkstümlichen gegen den höfischen Minister, insonderheit aber des Eider-Dänentums gegen die Gesamtstaatspartei. Mit dem Gesamtstaat meint Herr v. Scheele es ohne Zweifel aufrichtig, weil es ihm dient, es mit demselben aufrichtig zu meinen. Er schenkt sich nämlich nicht so sehr nach dem "dänischen Reben unter seinen lieben Pinnebergern," als er diese wirklich glauben machen wollte. Freilich hat er sein Amt als Landdrost aus alle Wechselfälle hin sich gestellt; aber die Einnahmen und die hohe Machstellung in Kopenhagen sind ihm wesentliche Dinge, bei denen er die Gemüthsstärke vergibt. Die übrigen Minister dagegen sind entweder innerlich entschiedene Eiderdänen, oder doch zweifelhaft Freunde des Gesamtstaats. Im Hintergrunde wird Orléans Lehmann vereint mit mächtigen Abgeordneten, und er sieht eine günstige Gelegenheit, wieder Minister zu werden. Er hat doch neuerdings gewußt: an dem Schleswig-Holsteinischen Kanale interessire ihm nur, daß derselbe die Grenze gegen Holstein bildet. Aus dem Antragen der deutschen Großmächte zu Gunsten Holsteins und Lauenburgs haben die Eiderdänen neuen Muß gewonnen. Sie geben beide Herzogtümer gern im Namen der Krone Dänemarks auf, um dieser das Herzogtum Schleswig doch sicher zu erhalten. Die Eiderdänen sind auch meist standinisch gefüllt, und sie haben vollkommen Recht, daß Holstein ihnen im höchsten Grade in der Ausbildung ihrer kirchlichen Institutionen hinderlich ist. Ein Blick in eine vielleicht nicht ferne Zukunft, wenn auf dem Throne Dänemarks ein Regent sitzt zum Abolitus hinzugetragen, macht die Gesetze, welche den liberalen Dänen von Holstein her droht, noch gräßiger. Daher fühlen sie sich schon jetzt zum Standinismus hingezogen, welcher, seit erlaubt ein politisches Hindernis zu sein, ungemein praktisch ist. Herr v. Scheele hat dies zunächst an sich selbst erfahren sollen; denn die Note gegen den Sta. dinarismus hat am Ende den Ausschlag wider ihn gegeben.

Unreine Verhältnisse sind nun einmal so traurig, daß Holstein und Lauenburg Reichsrecht davon empfinden werden, wenn Herr v. Scheele als Minister abgeht. Es fallen ihm schwerere Rechtsvergleichungen und Gewaltthäufigkeiten zur Last; diese sind jedoch auch in nicht minder großem Umfange von seinem Vorgänger, dem ritterhaften Rebenlow-Criminel, begangen worden. Da gegen hat Scheele mehr Kraft entwölft, um dänische Racheabgeltung gegen einzelne Persönlichkeiten abzuwehren und der s. g. Almunes-Ordensanz eine wichtige Auslegung vindicirt, welche sein Vorgänger ablehnte, so daß alle, welche in Schleswig ange stellt waren, jetzt in Holstein wieder anstellungsfähig geworden, und diejenigen, welche im Kriege gegen Dänemark als kriegerisch gehandelt, von Verförderungen zu hohem nicht mehr ausgeschlossen sind. Es war dem Herrn v. Scheele besonders daran gelegen, gerade dirigen sich für sich zu gewinnen, welche Dänen gegenüber am meisten kompromittirt erscheinen, und es ist nicht zu verteuern, daß er erfolgreich operiert hat. Als Nachfolger des Herrn v. Scheele werden die Diplomaten Dänemarks v. Bölow und Dierding-Holmsfeld genannt, welche, als Minister, für Holstein keine Vorlage vor Herrn v. Scheele haben dürften. Behauptet die eiderdänisch-standinische Partei ihr Übergewicht, so ist es sogar nicht unwahrscheinlich, daß aufgrund und vielleicht unmittelbar der Baron Scheel-Pfeiffer, Führer der ritterhaften Opposition, der Nachfolger des Mannes wird, welcher ihn abgelegt hat; denn die Dänen werden gern den Schein annehmen, als suchten sie den Interessen der beiden deutschen Herzogtümer zu genügen, so weit sich diese Interessen bisher sind geben haben. Aber Schleswig wird deßhalb schwerer den eiteren Druck des Dänentums empfinden.

## Frankreich.

Aus Paris, 12. April. Die Charrache ist, wie gewöhnlich, vielmehr arm an politischen Ereignissen gewesen. Fast alle Minister sind aufs Land gegangen; selbst Graf Wolowitsch hat die unfreundliche Wunde der Neuenburger Konferenz benutzt, um seinen Urlaub auf einige Tage den Rüden zu leben. Nach dem Feste dürfte es um so lebhafter zugehen. Ganzfests steht die Abwicklung der Neuenburger Differenz zu erwarten; das Tuillierienabenteur treibt die Parteien an, schnell ein Ende zu machen. Danach steht die Montenegrinische Angelegenheit auf der Tagesordnung. Man weiß hier nicht, wie man den habsburgischen Galibekhans soll, der sich durch nichts abschrecken läßt, die Gewalt der hiesigen Staatsmänner zu erwidern. Ich glaube, man hat im Auslande Interesct, wenn man annimmt, Frankreich trage befürdete Schäfte nach dem Protektorat in Cetina; partie und mittelbare Einflüsse sollen allein Ursache sein, daß man die ganze Sache nicht längst ad acta legiert. — Was die innere Politik anbelangt, so treten jetzt die bevorstehenden Neuordnungen in den Börsengrund. Eine kleine Börsenlust sind nach Paris geschieden worden, um hier mäßige Verhandlungsbereitschaft zu empfangen, gleichzeitig aber auch, um dem Kaiser persönlich über die Zustände ihrer Departements zu berichten. Der Staatsrat wird gleich nach Ostern die Angelegenheit wegen der Adelsfrage in die Hand nehmen. Der Kaiser soll neuerdings in dieser Frage etwas schwankend geworden sein. Es heißt, daß die betreffenden Staatsstrafbestrafungen wieder in den Tuillieren feststanden werden.

Aus Holstein, 11. April. Es ist keineswegs die Absicht der Holsteinischen Mitglieder des Reichsraths, namentlich dieser, welche der Ritterkasten angehören, von der gegenwärtigen Besatzung sich fern zu halten, oder gar ihren Posten

anzugeben. Sie werden am 14. d. M. wenn die Verhandlungen wieder beginnen, zur Stelle sein und haben den Grund ihres verzögerten Eintritts dahin angezeigt, daß sie es hätten vorziehen müssen, die sille Woche und die Feiertage im Kreise ihrer Familie zu verleben. — Die Verhandlungen der Wahlberechtigten zum Reichsrath werden offiziell, nach ergänzter öffentlicher Aufforderung zur Annahme, von neuem aufgenommen. Aus den Städten melden sich die dänischen Offiziere und die Beamten, außer diesen einzelne Stadtverordnete, welche den bringenden Bitten der Oberbehörde nachgegeben, sich Einreichung ihrer Namen bestimmten lassen; aus den Landdistrikten, ganz vereinzelt, Höflebiger, deren Anmeldung jedesmal einen nachweislichen Erklärungsbogen in beiderseitigen Verhältnissen findet. Man darf wohl sagen, daß die Bevölkerung sich die dänischen Wahlen eigentlich gern hält, ein Zeugnis, daß die Gesamtstaatsverfassung in Holstein keinen Boden habe. Wenn man daher in Beziehung auf den Ausfall der Wahlen zum Reichsrath — v. Scheele, Kaufmann, Bitt, Daz zum — von dieser Haltung der Bevölkerung allerdings nichts nehmen muß, so möchten wir aber doch den Beobachtungen zur Erwähnung antheiligen, ob es richtig gehandelt sei, den Gefühlern der Abneigung gegen das Dänentum so weit Redbung zu tragen, daß die siene Fraktion, welche im Reichsrath die Rechte Holsteins wohlt, noch mehr reduziert wird, als ohnehin schon durch das Wahlgesetz vorgesehen ist.

Aus Paris, 12. April. Graf Hassfeld hat seine Befehlungen aus Berlin noch nicht empfangen. Man glaubt, daß die Diplomatie unter der Hand die Auslieferung so weit zu verhindern sucht, daß die nächste Konferenz endlich ein bestimmtes Ergebnis antworten wird. Die "Partie" berichtet, in der Wahrscheinlichkeit nach wird die Konferenz ihre Arbeiten in den ersten Tagen der nächsten Woche wieder aufnehmen, und vielleicht werden einige Sitzungen genügen, um sie zu beenden. Auch außerhalb der offiziellen Zusammenkünften waren die Bevölkerungen äußerst thätig, und ihre Versammlungen, eine Berliner Tagung bezeichneten sich vergeblich genannt. — Das "Paris" enthält folgende Mitteilung: "Man meldet uns aus London vom 9., daß man dort auf offizielle Weise Kenntnis von der bevorstehenden Ankunft des Großfürsten Konstantin von Russland erhalten habe. Er wird in der zweiten Hälfte des Monats Mai erwarten." Nach demselben Blatte ist die Reise des Kaisers von Russland ins Ausland entschieden aufgegeben. Derselbe werde sich sofort nach der Rückkehr des Großfürsten Konstantin vielmehr von Petersburg nach Neustadt begeben und eine Deputation an den Generalgouverneur Grafs Sonnenburg in Dresden habe dies bereits angezeigt. — Wie die "Partie" anfügt, hat der Großfürst Konstantin, der nur acht Tage in Paris bleibt, soll beschlafen, seinen Aufenthalt in der französischen Hauptstadt um acht Tage zu verlängern, um der höflichen Gastfreundschaft des Kaisers der Franzosen alle Ehre anzukommen." Der russische Prinz wird dann fünf Tage in Fontainebleau zubringen, wo bereits reich Verbereitung zum Empfang des Großfürsten am 20. nach Teuyl. — Der neugranzige Abgeordnete La Fragaux befindet sich immer noch hier und wird erst in diesen Tagen nach Madrid abziehen. Marcelli Sciarra hat den Alexander-Nevski Orden erhalten. Die algerischen Truppen, welche in dem Feldzuge gegen Kabylie bestanden sind, befinden sichtheimlich schon auf dem Marsch. In früheren Jahren wurden die Truppen die Marine an die Küstenpunkte gebracht, von wo der Angriff auszugehen sollte; jetzt jedoch sollen die Soldaten durch den längeren und beschwerdeten Marsch abgedrängt werden. Nach dem "Constitutionnel" wird die Expeditionsarmee etwa 20,000 Mann stark sein und eine zahlreiche Kavallerie, nämlich 8 Schwadronen, in sich schließen. Diese wird besondere die Aufgaben haben, das Thal des Gedan zu bewachen, um die verschiedenen fabrizierten Kontingente an der Konzentration zu hindern. Die Infanterie wird das härteste Geschütz haben, die ältesten Bergkämme einzunehmen, wo sie den hartnäckigen Angriffen antreffen wird. Hier handelt es sich für die Kabylen um ihren letzten Zufluchtsort und sie haben die Sumpfe des Terrains für sich. Die Armee wird in mehreren Kolonnen zuerst auf dem Gebiete der Tizi-Umar und der Guedala operieren, um dann die Beni-Raten von zwei Seiten zugleich anzugreifen. Die Beni-Raten zählen etwa 3000 Bewohner, allein wahrscheinlich werden ihnen die benachbarten Stämme zu Hilfe eilen. Bis jetzt verhalten sich die verbündeten Völkerschaften noch ganz ruhig, und Si-Hadj-Umar, welcher die Seele des Widerstandes ist, hat ihnen die Überzeugung beigebracht, daß ihr Gebiet vermittelst seines übernatürlichen Einflusses unvergleichlich sei. — Erwartet neuerdings das Gericht auf, daß der Kaiser nach der Abreise des Großfürsten Konstantin von Paris gegen Ende Mai selbst nach Algerien gehen wird. Auf der Straße von Sona nach Guelma in Algier wird ein neues Beobachtungszentrum, Rechmaya, eingerichtet, welches besondere für den dortigen Kolonien bestimmt ist, die der Provinz Konstantin ziemlich zahlreich sind. Die 40 deutschen Familien in Rechmaya erhalten 1019 Hektaren Landes. — Von Senegal wird dem "Paris" gemeldet, daß die Fregatte "Nemesis" mit der Flagge des Comte-Admirals Rigault de Genouilly, die am 25. Februar auf der Höhe von Gorea angelommen war, am 8. März nach China abgezogen ist. In Gorea blieben nur die Fregatte "Jeanne d'Arc", die Korvette "La Recherche" und das Kanonenboot "La Tourmente" zurück. — Vice-Admiral Trechonart, der Kommandant des Evolutions-Geschwaders im Mittelmeere, wird sich seiner Besatzungsschiffe zuwenden und soll durch den See-Brüderen von Toulon, Vice-Admiral Duboudreux, ersetzt werden.

Das "Süd." brachte sehr pittoreske Auszüge aus den frischen Werken des Kaisers gegen die Adelsstift und die Presse, drückt diefele jegi ebenfalls ab. Bemerkenswert ist, daß auch die "Gazette de France" sich gegen das heftige Gesetz erklärt. Viele Titel stehen in der ersten Revolution verloren gegangen, und die Dokumente vernichtet wurden; daher wäre man unfehlbar bei Ausführung des Gesetzes zahrlidche Ungerechtigkeiten begegnet. — Es ist den Journalen unterzutragen, die Affaire des Bischofs von Moulin a einer weiteren Besprechung zu unterwerfen. In Moulin selbst hat die Verurteilung des Bischofs durch den Staatsrat große Aufsehen erregt. Major de Dreyfus Brézé ist ein Mann von 50 bis 60 Jahren, aber nicht mehr sehr rüstig. Seine Popularität ist seit lange sehr gering. — Das "Univers" zeigt eine General-Verfügung seines Amts für den 27. April an. Die Kommandos-Gesellschaften zum Betrieb dieses Journals läuft am 1. Juli ab, und es handelt sich um Seine oder Richelieu dieses Blattes. — Der "Morning Advertiser" und die "Daily News" wurden gestern mit Beschlag belegt wegen eines von ihnen veröffentlichten Briefes von Leutnant Rollin, worin derselbe gegen die Auflage auftritt, sich bei einem Komplot zur Ermordung des Kaisers beteiligt zu haben. Mehrere junge Schweizer, die in Paris Medicin studiren, begaben sich, als der Krieg zwischen Preußen und der Schweiz ausbrach, nach ihrer Heimatland und verloren dadurch ihre Institutionen. Die medicinische Fakultät von Paris hat erklärt, daß die Abwesenheit dieser jungen Leute, wegen des patriotischen und ehedamen Beweggrunde, die zu derfeilen Veranlassung gegeben haben, "als nicht vorgenommen betrachtet wird und ihre Infiltrationen deshalb nicht verloren sind".

Der Kaiser hielt gestern auf dem Kartouzen-Platz der Tuilerien Musterübung über 5 Linienregimenter und ein Dragonerregiment, welche dem Kaiser verlassen werden. Im Gefolge des Kaisers bemerkte man außer dem Prinzen von Russland auch den General Colloredo, der sowohl bei Hofe, wie auch in der Gesellschaft vielfach aufgezeichnet wird. Heute sind alle Bureau des Österrech's wegen geschlossen. Von Paris wünscht sich zu amüsieren, doch regt es seit dem Vorigen ohne Aufsehen. Die Tuilleries waren heute sehr zahlreich besucht. Das Bespiel, das der Hof in die Beziehung stellt, gibt höchst Rührung. Die Tuilleries-Kapelle selbst war heute nicht besetzt mit offizieller Welt. Nach dem Gottesdienste empfing der Kaiser mehrere Freunde von Ausland. Heute Abends ist in den Tuilleries großes Familien-Diner. Der Kaiser, die Kaiserin und fast der ganze Hof nahmen heute das Abendmahl. — Vicomte d'Aure, ehemaliger Gouverneur des Kaisers X., ist zum General-Inspektor des Kaiser-